

1931 D 341

# Höhe und Verfall der Fridericianischen Getreidehandelspolitik und Getreidehandelsverfassung

Rede beim Antritt des Rektorats  
der Christian-Albrechts-Universität

am 5. März 1931

gehalten von

Dr. phil. August Skalweit  
Professor der Volkswirtschaftslehre

★



Kiel 1931

Kommissionsverlag der Universität Kiel  
Lipsius & Tischer

**E**s gibt keinen schöneren Beruf als den eines Nationalökonom. In den breiten Strom des Lebens stellt ihn seine Forschung, mitten hinein in jene brodelnde Bewegtheit, in der sich der grandiose Naturprozeß volkswirtschaftlichen Geschehens auf der Erdoberfläche abspielt. Wenn das Walten des Erdgeistes Faust zur Begeisterung entflammt, so gehört der Nationalökonom auch zu denen, die dazu berufen sind, zu beobachten und zu erforschen, wie am sausenenden Webstuhl der Zeit gewirkt wird der Gottheit lebendiges Kleid.

Doch muß gerade der Nationalökonom erfahren, wie schwer es ist, Lebendiges zu erkennen und zu beschreiben. Der ständige Wandel, dem sein Beobachtungsobjekt unterworfen ist, stört die Allgemeingültigkeit seiner Erkenntnis. Letzte Wahrheiten bleiben ihm versagt. Es mag sein, daß der Nationalökonom dieses Los mit den Jüngern anderer Wissenschaftszweige teilt. Doch was seine Arbeit so aufreibend macht, ist die Schnelligkeit, mit der sich der Zerfallsprozeß seiner Erkenntnisgrundlagen vollzieht. Wie oft erlebt er, daß heute bereits gegenstandslos geworden ist, was ihn und die öffentliche Meinung gestern noch leidenschaftlich bewegte. Irre ich nicht, so übertreffen die alljährlich veröffentlichten nationalökonomischen Druckschriften die Zahl derjenigen anderer Disziplinen bei weitem. Doch wie wenig von allen diesen vielen Büchern überdauern den Tag! Es wirkt bedrückend, sich darüber klar zu werden, wie viel Geist, wie viel ehrliche Arbeit im Bereiche nationalökonomischer Forschung Tag für Tag aufgewandt werden, ohne daß eine andere Spur zurückbleibt als eine Signatur in den Katalogen großer Bibliotheken — eine bescheidene Nummer, nach der niemand sucht, nach der niemand fragt.

Es ist daher verständlich, wenn der Nationalökonom die Neigung verspürt, den Standort seiner wirtschaftstheoretischen Betrachtung auf einen Schauplatz zu verlegen, der nicht mehr berührt

wird von den Zukunften, die den lebendigen Wirtschaftskörper ständig bewegen, — in das Gebiet der Wirtschaftsgeschichte. Es braucht das keine Flucht zu sein. Ein Stück Wirtschaftshistoriker steckt in jedem Nationalökonom. Die geschichtliche Erfahrung bildet für ihn eine wichtige Erkenntnisquelle, denn „nur wer den Zeiten lebt, der schaut, was der Zeiteuschoß gebiert“. Doch wird der Nationalökonom sich gewöhnlich damit begnügen müssen, seine historischen Betrachtungen dankbar auf Forschungsergebnisse zu stützen, die ihm der Fachhistoriker darreicht; zur eigenen Quellenforschung hält er sich in der Regel nicht für berufen. Wenn ich selbst diese Regel durchbrach und für wirtschaftshistorische Untersuchungen aus ersten Quellen zu schöpfen suchte, so fühlte ich mich dazu legitimiert, weil ich, als Fachhistoriker ursprünglich ausgebildet und promoviert, trotz häufiger, oft Jahre währendender Unterbrechungen, die mich für Gegenwartsaufgaben in Anspruch nahmen, nicht aufgehört habe, in den Archiven zu arbeiten, um bisher unerforscht gebliebene Tatbestände der Wirtschaftsgeschichte urkundlich festzustellen.

Ueber Ergebnisse solcher Studien, die ich im Auftrage der „Preussischen Akademie der Wissenschaften“ ausgeführt und gerade in diesen Tagen abgeschlossen habe\*), will ich heute berichten. Selbst auf die Gefahr hin, meine Hörer zu enttäuschen. Denn, wenn der Nationalökonom das Katheder besteigt, erwartet man von ihm, daß er aktuell sei. Doch meine ich, daß in diesen politisch bewegten Zeiten es nur von Nutzen sein kann, wenn der Nationalökonom in dem einen Jahre, wo er gerade Rektor ist, seinen Drang nach Aktualität zügelt. Auch so hoffe ich, nicht zu langweilen. Ist doch der Gegenstand, den ich in Sonderheit behandeln werde, aufs engste verknüpft mit der Person des größten deutschen Staatsmannes des 18. Jahrhunderts.

## I

Folgendes schicke ich voraus: In der Geschichte der älteren Getreidehandelspolitik und Getreidehandelsverfassung lassen sich zwei Epochen unterscheiden: eine städtliche und eine staatliche. Die erste tritt dort in Erscheinung, wo sich die Stadtstaaten bilden, oder wo Städte politisch und administrativ ein so hohes Maß von Unabhängigkeit erlangen, daß sie ihre Wirtschaftspolitik selbständig regeln können. Ihre Getreidehandelspolitik ist ausschließlich Stadt-

\*) Getreidehandelspolitik und Kriegsmagazinverwaltung Preußens 1756 bis 1786 (Acta Borussica) Berlin 1931.

interessen angepaßt. Dabei ist zu beachten, daß die Getreidehandelsbelange nicht in allen Städten die gleichen sind, sondern daß diese durch Bevölkerungsgröße und kommerzielle Lage bedingt werden. In kleineren Städten, zumal wenn es sich um Binnenstädte handelt, ist das Konsumenteninteresse allein bestimmend: durch Fürkaufsgesetze und Marktordnungen auf der einen Seite, durch Ausfuhrbeschränkungen auf der anderen wird erstrebt, daß sich der Bürger billig mit dem aus der Nachbarschaft auf den Markt kommenden Getreide eindecken kann. Dagegen haben größere, eine Zufuhr von weither benötigende Städte oder Seehandelsplätze mit beträchtlichem Getreideverkehr auch auf die Ansprüche des Handels Rücksicht zu nehmen. Im Gegensatz zum Konsumenten muß der Kaufmann die uneingeschränkte Freiheit des Getreidehandels verlangen. Es bedarf einer wohlabgewogenen und auf eine öffentliche Vorratswirtschaft gestützten Getreidehandelspolitik, um diese beiden Gegensätze zu überbrücken. Wo das nicht gelingt, bildet die einseitige Durchsetzung des einen oder des anderen Interessentenstandpunktes den Keim zur wirtschaftlichen Zersetzung und zu politischen Störungserrscheinungen.

Auch in der zweiten, der staatlichen Epoche der Getreidehandelspolitik ist zwischen Konsumentenschaft und Kaufmannschaft der Interessentenkontrast geblieben. Ja, er sollte sich noch verschärfen; mit dem Aufkommen von Manufakturen und Industrien wie sie die jungen Staaten des 17. und 18. Jahrhunderts zu entwickeln trachteten, sowie mit der Vergrößerung des stehenden Heeres verbreiteten sich die an billigem Brot interessierten Schichten der städtischen Bevölkerung. Was indes die staatliche Getreidehandelspolitik grundsätzlich vor eine neue Lage stellte, war das Auftreten eines neuen dritten Interessenten, — des Landwirts. Mochte der Landwirt einer städtischen Getreidehandelspolitik als *quantité négligeable* gelten, in einem überstaatlichen Gemeinwesen durfte und mußte er Rücksichtnahme heischen und finden.

Der Getreidehandelspolitiker des 18. Jahrhunderts sah sich demnach vor folgender Situation: Auf der einen Seite eine sich ständig verbreiternde Konsumentenschicht, deren Anspruch auf eine wohlfeile und gleichmäßig ausreichende Ernährung befriedigt werden mußte, einmal aus volkswirtschaftlichen Gründen, weil es so die junge Industrie, und zweitens aus militärischen Gründen, weil es so die Machtpolitik verlangte; — auf der anderen Seite der Landwirt, dem gute, ja womöglich steigende Getreidepreise zuzubilligen waren, weil der ständig wachsende Bedarf an Nah-

rungsmitteln nur unter erhöhten Produktionskosten befriedigt werden konnte; — drittens endlich zwischen beiden der Kaufmann, dessen Wünsche ebenfalls nicht unberücksichtigt bleiben durften in Staaten, die wie z. B. der preußische über bedeutende Handelsplätze verfügten.

Die getreidehandelspolitische Aufgabenstellung war also sehr viel komplizierter als in der Gegenwart. Worum handelt es sich z. B. bei der heutigen deutschen Getreidehandelspolitik? Die inländische agrare Produktion muß gegen den Wettbewerb billiger produzierender Neuländer geschützt werden. Ein Tatbestand von verzweifelter Simplität! Der Kampf gegen den zu billigen Preis steht so stark im Vordergrund, daß daneben alles andere zurücktritt. Und auch die angewandten Mittel sind, theoretisch gesehen, einfach: man verteuert das Einfuhrgetreide durch Zölle. Lediglich die Lösung des Roggenproblems stellt an die Erfindungsgabe des modernen deutschen Getreidehandelspolitikers höhere Anforderungen.

Die ältere staatliche Getreidehandelspolitik hatte dagegen einen Kampf gegen zwei Fronten zu führen. Es mußte nicht nur zu niedrigen, sondern auch zu hohen Preisen entgegengearbeitet werden. Bei den damaligen unentwickelten Verkehrsverhältnissen wirkte sich jede Ernteschwankung voll im Preise aus. Um den Preis auszubalancieren, mußte ein bewegliches Spiel sowohl von Einfuhr- wie von Ausfuhrbeschränkungen geübt werden, ohne daß daneben auf die aus der Periode der Stadtwirtschaft überlieferten Maßnahmen der Teuerungspolizei und Vorratswirtschaft verzichtet werden konnte. Freilich hatte es der Staatsmann des absolut regierten Staates insofern leichter, als er — unabhängig von parlamentarischen Verhandlungen — beweglich in seinen Entscheidungen war. Dagegen war das Ausmaß der Verantwortung sehr viel größer: als ständige Bedrohung stand hinter ihm das Gespenst der Hungersnot mit allen ihren schlimmen Folgen. Hungersnöte pflegten vor der Einführung neuzeitiger Verkehrsmittel die Völker regelmäßig heimzusuchen. Fast jede Mikernte konnte diese Gefahr heraufbeschwören. Fürchterlich aber war die Wirkung, wenn sich schlechte Ernten mehrere Jahre aufeinander wiederholten. Dann kam es zu Katastrophen, von denen selbst wir, die wir die Hungerblockade von 1916—1919 miterlebt haben, uns keine Vorstellung machen können. Nicht genug, daß die wirtschaftliche und soziale Entwicklung auf Jahre hinaus zurückgeworfen wurde, weil die Bevölkerung dezimiert, die Kapitalbildung gehemmt, ja, Kapital-

Substanz verzehrt wurde (dieser Verzehr reichte bis zu den Dächern, deren Strohecke für die hungernde Kreatur zu den letzten Vorratsreserven gehörte) — das Schlimmste waren die demoralisierenden Einflüsse, die der Hunger auf den Menschen selbst ausübte. „Vilain affamé — moitié enragé“, sagt ein altes französisches Sprichwort.

Mit die schwerste Heimsuchung dieser Art fiel in die ersten siebziger Jahre des 18. Jahrhunderts. Mit Schauern liest man die Notstandsberichte dieser Zeit. — Nur einen einzigen Staat gab es in Mitteleuropa, an dem diese Not gnädig vorüberging. Das war das Preußen Friedrichs des Großen. Während damals das benachbarte Sachsen (wie Friedrich in seinen Memoiren berichtet) über 100 000 Einwohner verlor, teils durch Hungertod, teils durch Auswanderung, das benachbarte Böhmen 180 000 Seelen, — erfreute sich Preußen einer beträchtlichen Einwanderung. Einzeln, in Familien, in Trupps, in Kolonnen zogen Laufende in das Land, wo jeder nicht nur nach seiner Façon selig, sondern auch satt werden konnte. Erst jetzt kam es manchem Zeitgenossen zum Bewußtsein, daß sich Friedrichs Bedeutung nicht in seiner militärischen und politischen Begabung erschöpfte; mit staunender Bewunderung stellte man fest, daß der König von Preußen auch als Verwaltungsorganisator andere Staatsmänner überragte.

## II

Merkwürdigerweise ist die fridericianische Getreidehandelspolitik lange Zeit nicht gebührend gewürdigt worden. Das erklärt sich aus der doktrinären Einseitigkeit, mit der eine frühere Generation allen wirtschaftlichen Protektionismus beurteilte. Habe ich es doch selbst noch als Student in München erlebt, daß ein freihändlerisch eingestellter Professor im Kolleg vortrug, Friedrich habe alle auf seine Getreidehandelspolitik bezüglichen Rechnungen schamvoll verbrennen lassen. Eine Anekdote, von der man nicht einmal sagen kann, daß sie ben trovato sei. Denn das geht aus zahlreichen Äußerungen Friedrichs zur Genüge hervor, daß ihn seine getreidehandelspolitischen Erfolge durchaus befriedigt haben. In seinem politischen Testament von 1768 werden die Prinzipien seiner Getreidehandelspolitik dargelegt und wird den Gründen nachgegangen, warum im Gegensatz zu seiner eigenen die englische und die französische Getreidehandelspolitik von Mißerfolgen begleitet waren.

Das große Ziel, das dem Könige vorschwebt, ist die staatliche Kontrollierung des Getreideverkehrs und der Getreideversorgung. Die Getreidepreisbildung soll der blinden Willkür natürlicher und privatwirtschaftlicher Einflüsse entzogen werden. „Dem Fürsten liegt es ob“, schreibt der König, „in den Getreidepreisen eine genaue Richtschnur und Mittellinie zu halten zwischen den Interessen des Edelmannes, des Domänenpächters und Bauern auf der einen Seite und den Interessen des Soldaten und Fabrikarbeiters auf der anderen . . . Der Privatmann denkt allerorten nur an seinen Gewinn; Pflicht aber einer guten Regierung ist es, das Gemeinwohl mit dem Wohl des Einzelnen in Einklang zu bringen.“

Mit welchen Mitteln sollte dieses Ziel erreicht werden? — Auf der Grundlage von Ernte- und Verbrauchserhebungen wurde das Verhältnis des Getreideangebots zur Nachfrage festgestellt und durch ein bewegliches System der Ein- und Ausfuhrregelung gegeneinander abgestimmt. Die preisregulierende Wirkung dieser Außenhandelskontrolle wurde ergänzt durch eine Getreidebewegung, die im Verfolg einer umfangreichen öffentlichen Vorratswirtschaft vorgenommen wurde.

Was zunächst die Außenhandelsregelung anging, so ist zu beachten, daß sie nicht in allen Teilen der Monarchie in gleicher Weise durchgeführt wurde. Man darf sich nicht vorstellen, daß ein Wirtschaftspraktiker, wie Friedrich es war, bei seinen Handlungen sich durch irgendeine merkantilistische Wirtschaftsdoktrin hätte leiten lassen. Einzig und allein waren für ihn richtunggebend praktische Erfahrung und statistische Beobachtung, und die bestimmten ihn als den „roi des lisières“ zu einer differenzierten wirtschaftspolitischen Behandlung seiner Provinzen. In den rheinisch-westfälischen Landesteilen sowohl wie in Ostpreußen galt das Freihandelsprinzip, — im ersten Falle, weil diese kleinen, von vielen Nachbarn umgebenen Territorien überhaupt keine selbständige Getreidehandelspolitik führen konnten, — im zweiten Falle, weil Ostpreußen bei einem freien commercium der Eigenart seiner Verkehrslage und wirtschaftlichen Struktur am besten gerecht werden konnte. Die Anwendung des wirtschaftlichen Protectionismus beschränkte sich demnach auf die mittleren Provinzen und auf Schlesien. Die mittleren Provinzen (Kurmark, Neumark, Altmark, Magdeburg, Pommern) bildeten ein regional zusammenhängendes und auch durch ein Wasserstraßennetz wirtschaftlich zusammengehaltenes Gebiet. In der Mitte lag die Hauptstadt, die zu den größten der damaligen Kulturwelt gehörte, Hauptsitz eines

sorgsam gepflegten Gewerbelebens, dicht belegt mit Militär. Es war ein Gebiet starken, ständig wachsenden Getreidebedarfs. Ähnlich lagen die Verhältnisse in Schlesien, der neuerrungenen Perle in der Krone der preußischen Monarchie. Es war die größte, die bei weitem volkreichste und dichtest bevölkerte Provinz, ausgezeichnet durch das Ausmaß industrieller Entwicklung.

Normalerweise brauchten diese mittleren und schlesischen Provinzen den Ertrag ihrer Getreideerzeugung selbst auf. Es blieb daher die Ausfuhr grundsätzlich gesperrt; auch bei reichen, den Eigenverbrauch übersteigenden Ernten wurde sie generell nicht freigegeben. Vielmehr wurde in der Form von eigens ausgestellten Ausfuhrpässen ein Exportventil geschaffen, das gerade soviel abfließen ließ, als den Ueberschußmengen entsprach. Ebenso wurde die Einfuhr geregelt. Auch sie blieb, abgesehen von den auf Einfuhrpässen hereingelassenen Mengen, gesperrt. Eine auch nur zeitweise ungehemmt zugelassene Einfuhr hätte — vor allem von der polnischen Seite her — eine Beunruhigung des Getreidemarktes zur Folge gehabt. Es kam hinzu, daß der König mit der gegenüber Polen angewandten Grenzsperrre noch besondere Zwecke verfolgte. Dadurch, daß der polnischen Getreideausfuhr der natürliche Abfluß durch das preußische Gebiet nach der Ostsee abgeregelt wurde, ließ sich der Preis des polnischen Getreides drücken zugunsten von Käufen, die die preußische Magazinverwaltung in Polen vorzunehmen pflegte.

### III

Es wird ersichtlich, daß die Einfuhrpolitik mit der Magazinwirtschaft, dem Kernstück der fridericianischen Getreidehandelsverfassung, organisch verbunden war.

Kriegsgetreidemagazine waren an sich nichts Außergewöhnliches; sie bildeten einen regulären Bestandteil damaliger Kriegsrüstung. Was indes die fridericianischen Magazine auszeichnete, war einmal ihr Umfang und zweitens ihre Benutzung zur Preisstabilisierung.

Als Friedrich zur Regierung kam, lagen in den preußischen Magazinen 13 000 Wispel, beim Ausbruch des siebenjährigen Krieges waren es 55 000 Wispel. Am Ende der Regierungszeit war der Bestand auf 120 000 Wispel angewachsen. Man wird den Wispel einer Tonne zu 1000 kg gleichsetzen können. 120 000 Tonnen greifbare Ware würden auch für moderne Verhältnisse ein stattliches Quantum bedeuten. Welchen Nutzwert aber diese Mengen

damals hatten, illustriert eine eigene Bemerkung Friedrichs aus dem Jahre 1784: Für drei Campagnen wäre das Getreide in natura oder Geld beisammen, für drei weitere Campagnen liege das Geld im Staatsschatz. So könne man 6 Jahre lang Krieg führen, ohne dem armen Lande neue Steuern auferlegen zu müssen.

Deutlich kommt mit diesen Worten zum Ausdruck, daß die militärische Bestimmung der Magazine im Vordergrund stand. Man darf bei der Beurteilung der Handlungen Friedrichs II. niemals vergessen, daß sein Staat — auch nach dem siebenjährigen Kriege — unter fortgesetzter Kriegsbedrohung stand. Jederzeit für den Krieg gerüstet — toujours en vedette — zu sein, war das unverrückbare Ziel auch seines wirtschaftspolitischen Handelns.

Doch bildeten die Magazine keinen tot daliegenden Kriegsschatz. Die Möglichkeit und die Notwendigkeit, die gewaltigen Vorräte ständig umzuschlagen, bot reiche Gelegenheit zu ihrer produktiven Verwendung. Einmal dienten die Magazine der Brotversorgung und Notstandshilfe in teuren Zeiten. Zweitens bildeten die öffentlichen Getreidever- und -ankäufe das wirkungsvollste Instrument der erstrebten Getreidestabilisierung.

In viel stärkerem Maße als im 19. Jahrhundert — um von der Gegenwart ganz zu schweigen — konnte damals der Brotpreis als der Index der Lebenshaltungskosten gelten. Eine Erhöhung des Getreidepreinsniveaus hätte eine Verteuerung der gewerblichen Produktionskosten und eine Steigerung des Militäraufwandes zur Folge gehabt. Die Brotpreisstabilisierung bildete daher den starken Hebel der fridericianischen Sozial- und Bevölkerungspolitik.

Nicht nur die überaus große Sterblichkeit, jener Krebschaden aller unter unausgeglichener Nahrungsmittelversorgung leidender Volkskörper, wurde herabgemindert, — auch die örtliche Bevölkerungsbewegung wurde günstig beeinflusst, wenn bei jeder größeren Teuerungswelle, die über Mitteleuropa dahinging, sich eine Einwanderung nach Preußen vollzog.

Meisterhaft hat es Friedrich verstanden, mit seinem Magazin zu operieren. Nicht selten reichten ganz kleine in Bewegung gesetzte Mengen aus, um den gewünschten Effekt zu erzielen. Ja, es genügte dazu wohl auch nur das Gerücht einer bevorstehenden Magazinaktion. Da der Umfang der Magazinvorräte geheimgehalten wurde, — nicht einmal die Minister kannten ihn, — so konnte sich in der öffentlichen Meinung die vom König geflüstert genährte Vorstellung festsetzen, daß die Magazine es in der Hand hätten, die Höhe des Getreidepreises zu bestimmen. Ein hoher Beamter soll

auf die Frage des Königs nach den Wirtschaftsaussichten geantwortet haben: die Ernte sei reich gesegnet, ob es aber wohlfeile oder teure Zeiten geben werde, solches dependiere von Seiner Majestät.

Freilich darf nicht unbeachtet bleiben, daß Friedrichs Magazinwirtschaft durch den Einkauf in Polen begünstigt wurde. Soll eine öffentliche Vorratswirtschaft nicht mit einem Risiko belastet werden, das für den Staatshaushalt untragbar ist, dann muß Gewähr dafür gegeben sein, daß die von der öffentlichen Hand erfaßten Vorräte zu einem höheren Satze als dem Erstehungspreise wieder abgesetzt werden können. Wenn beispielsweise die Kriegsgetreidewirtschaft der Jahre 1915—1919 von einem Erfolge begleitet war, der neuerdings von der Reichsregierung betriebenen Roggenvorratswirtschaft versagt blieb, so erklärt sich dieser Widerspruch daraus, daß jenes simple Rechenexempel sich im ersten Falle anwenden ließ, im zweiten Falle aber nicht. Für die fridericianische Magazinwirtschaft bildete die staatsegoistische Ausnutzung Polens als preußischer Kornkammer den starken Eckpfeiler. Seit der Erwerbung Westpreukens im Jahre 1772 war Friedrich in der Lage, die Ausfuhrstraßen Polens zum Baltischen Meere vollkommen abzuriegeln und polnisches Getreide zu so niedrigem Preise aufzukaufen, daß es trotz der unvermeidlichen Spesen, die die Vorratshaltung mit sich brachte, ohne Verlust wieder verkauft werden konnte.

So trug sich die fridericianische Magazinwirtschaft zum guten Teil selbst, ohne den Staatshaushalt allzusehr zu belasten. Dagegen ist Friedrich niemals wie mancher anderer Herrscher der damaligen Zeit der Versuchung erlegen, die Mittel der Getreidehandelspolitik für fiskalische oder gar Hofstaatszwecke zu brauchen. Die physischen Gegner warfen Friedrich vor, er sei in seinem Staate der größte Kornhändler gewesen. Wollte Friedrich Kornhändler sein, dann hätte er durch den Verkauf polnischen Getreides nach dem Auslande einen schwunghaften Handel treiben können. So aber stellte er die Größe der Gewalt, die er über das wichtigste Nahrungsmittel in Händen hielt, in die Dienste des Staates, der Allgemeinheit.

Friedrichs Getreidehandelspolitik ist zu einem guten Teil Sozialpolitik. Sie sucht ausgleichend zu wirken zwischen reich und arm, zwischen Stadt und Land mit dem großen Ziel, die im Volke sich regenden oder noch schlummernden produktiven Kräfte zu stärken und zu heben.

In der Nachwelt lebt Friedrich fort als der Kriegsheld, so wie ihn in hundert Variationen der geniale Adolf Menzel gezeichnet hat. Und wahrlich! solange es noch Sinn für kriegerischen Heroismus gibt, wird dieses Bild des Roi-Connétable in deutschen Gemütern lebendig bleiben.

Doch gibt es noch einen anderen Friedrich, und wem es vergönnt war, sich in die Urkunden zur Geschichte dieses Regententums zu vertiefen, dem wird dieser andere Friedrich als der noch größere erscheinen. Ich meine jenen Friedrich, der die letzten zweieinhalb Jahrzehnte seines Lebens zäh um den Frieden rang und ihn erfolgreich wahrte in einer Zeit, wo ganz Europa widerhallte von Kriegeslärm und Feldgeschrei, und wo Schlachten zu schlagen oder schlagen zu lassen zu den landläufigen Funktionen des Monarchen gehörte. „Es ist doch ein gut Ding um den Frieden!“, hatte Friedrich nach Beendigung des siebenjährigen Krieges geschrieben, — Pax optima rerum! Wie genial und rastlos er diesen Frieden für seinen Staat zu nutzen verstand, dafür haben wir soeben ein Beispiel kennen gelernt.

Es gehörte zu den Unbegreiflichkeiten historischen Geschehens, daß das stolze Werk dieses großen Staatsmannes so bald wieder zerstört werden sollte. Darin sehe ich die Tragik, die über diesem an schwer erkämpften Erfolgen so reichem Leben schwebt, eine Tragik, die dadurch vertieft wird, daß Friedrich selbst ein dunkles Ahnen erfüllte von dem, was kommen würde. Wund schrieb er sich die Finger an politischen Testamenten, an belehrenden Rechenschaftsberichten, an Unterweisungen für seine Nachfolger — in dem quälenden Bewußtsein, daß keine von diesen Denkschriften von denen, die es anging, gelesen, geschweige denn befolgt werden würde.

#### IV

Raum hatte der alte König das Zeitliche gesegnet, als der kunstvoll errichtete Bau ins Wanken gebracht wurde. Die geltenden getreidehandelspolitischen Grundsätze wurden für falsch erklärt. Ohne sich lange zu besinnen, beseitigte Friedrich Wilhelm II. jene Ein- und Ausfuhrkontrolle, die für den Hauptteil des Staates bestand. Das geschah nicht allein aus einer allgemeinen Reformfreudigkeit, wie sie nach Beendigung einer fast einhalb Jahrhundert währenden und autokratisch geführten Regentschaft durchaus begreiflich gewesen wäre. Der Wunsch zur Umstellung hatte auch materielle Gründe.

Das Getreidepreisniveau befand sich damals in allen Kulturländern im Steigen. Was lag näher, als daß die Landwirtschaft diese günstige Preislage auszunutzen suchte und alles als abträglich empfand, was sie daran hinderte? In allen Ländern erwacht damals eine scharfe Opposition der Agrarinteressenten gegen die protektionistische Getreidehandelspolitik. Freien Handel fordert man. Es mag bezeichnend sein, daß in Frankreich, wo der merkantilistische Absolutismus zuerst eine Anwendung zur Schwäche zeigt, die Physiokratie erwächst, um einen agrarwirtschaftlich orientierten Freihandel wissenschaftlich zu begründen. Auch England wird von dieser Bewegung erfaßt. Der Hauptvertreter der englischen Freihandelslehre auf agrarem Gebiete ist Arthur Young, bei den als „fortschrittlich“ geltenden Kreisen des Kontinents mindestens ebenso populär wie Adam Smith. Young wettert dagegen, daß man auf das Geschrei des Pöbels höre, der das Brot billig verlange, um sich mehr Schnaps und Bier kaufen zu können. In Dänemark verlegt Struensee, „der Freund des Volkes“, die Agrarinteressen der Adelspartei und endet auf dem Schaffot.

Im preußischen Staate war die politische Macht des Agraradels schon vor Generationen gebrochen worden. Hier war es das höhere Beamtentum, das sich zum Träger der wirtschaftsindividualistischen Ideen der damaligen Zeit machte. Wie stark die Resonanz gewesen ist, die die Lehren eines Quesnay, Arthur Young, Adam Smith bei dem preußischen Beamtentum des ausgehenden 18. Jahrhundert gefunden hat, haben die Historiker immer wieder gezeigt. Für die Geschichtsschreibung über diese Zeit ist es üblich geworden, in der Tatsache, ob ein Minister Physiokrat oder Smithianer gewesen sei, ein Kriterium für seine Befähigung zu sehen; Individualist sein und fortschrittlich sein, werden identifiziert. — Aber auch materiell war der höhere preußische Beamte an den Getreidepreisen nicht uninteressiert. Zusammen mit dem grundbesitzenden Adel, dem er ebenso wie der preußische Offizier gewöhnlich entstammte, bildete er die führende soziale Schicht. Unter den preußischen Ministern, Kammerpräsidenten, hohen Richtern der damaligen Zeit war kaum einer, der nicht auch Rittergutsbesitzer gewesen oder geworden wäre.

Unter Friedrich II. war diese Beamtenaristokratie so gut wie ohne Einfluß auf die großen wirtschaftspolitischen Entscheidungen gewesen. Ihre Handlungen hatten sich strikte im Rahmen der allein vom Könige gegebenen Direktiven zu halten. Friedrich Wilhelm II. war geneigt, seinen Zentralbehörden mitbestimmenden Einfluß

einzuräumen. An sich wäre diese Abwälzung der Verantwortung auf die Minister durchaus verständlich gewesen. Denn unmöglich konnte man bei dem Nachfolger eines Friedrich des Großen voraussetzen, daß er die gleiche Sachkenntnis und Arbeitskraft besaß. Doch erwies es sich als verhängnisvoll, daß gleich bei dieser ersten Gelegenheit der getreidehandelspolitischen Neuorientierung der von den Ministern eingeholte Rat falsch war. Kaum war die Außenhandelskontrolle aufgehoben, als auch die Preise zu steigen begannen. Freilich kam es nicht gleich zur Katastrophe. Noch saß man auf vollen Magazinen, aus denen der Soldat und der notleidende Städter Naturallieferungen erhalten konnten. Aber auch die fredericianischen Magazine waren nicht unerschöpflich, zumal man sich der Möglichkeit ihrer Wiederauffüllung mit billigem polnischen Getreide begeben hatte. Dazu kam, daß nicht nur die Magazine, sondern auch der Staatsschatz leer wurde, weil Friedrich Wilhelm II. sich kostspielige kriegerische Aktionen leistete. Die ganze Regierungszeit dieses Königs, von Anfang bis zu Ende, ist von Kriegen und Mobilmachungen erfüllt gewesen. Unter allen preußischen Königen war Friedrich Wilhelm II. der kriegerischste, kriegerisch wider Willen! Geschlittert ist er von einem Krieg in den anderen.

Bereits nach drei Jahren war die Freihandelspolitik nicht mehr zu halten. Ohne sich um den Widerspruch der Minister noch zu kümmern, hat Friedrich Wilhelm II. das alte Prohibitivsystem wieder eingeführt, und zwar in einer Schärfe, wie sie unter Friedrich II. niemals erforderlich gewesen war. Seinen Ministern aber hat Friedrich Wilhelm II. fortan in getreidehandelspolitischen Fragen nicht mehr getraut. Alle wichtigen Entscheidungen mußten ihm auf dem Umwege über unverantwortliche Ratgeber wie dem Kämmerier Riz, dem Rosenkreuzer Bischofswerder, dem Alleswissler Wöllner abgerungen werden. So geriet man in jene unglückselige Regierungsweise durch das Kabinett, die den preußischen Staat dem Zusammenbruch von 1806 entgegenführen sollte.

Obwohl Friedrich Wilhelm II. die Lust an freihändlerischen Experimenten vergangen war, so stand er doch bereits wenige Jahre später wieder vor der Entscheidung einer getreidehandelspolitischen Neuorientierung. 1793 fiel ein großer Teil Polens an Preußen. Freilich kam es nicht dazu, wie ursprünglich beabsichtigt gewesen war, daß die neue Akquisition „auf den preußischen Fuß gesetzt“, d. h., wirtschaftspolitisch nach den gleichen Grundsätzen behandelt wurde wie die alten Provinzen; der alsbald ausbrechende

Polenaufstand führte zur sofortigen Aufgabe des polenfreundlichen Kurses; der Grundzug des alten Systems blieb gewahrt. Gleichwohl veränderte sich die Situation zu Ungunsten der Getreideversorgung. Unmöglich ließen sich die nunmehr preußisch gewordenen polnischen Landesteile gleich rücksichtslos ausbeuten, wie vordem, als sie unter einer anderen Staatshoheit standen.

Immer schwieriger gestaltete sich im Laufe der weiteren Entwicklung die Versorgung der städtischen Konsumenten und Garnisonen mit Brotgetreide. Als 1795 bei fast leeren Magazinen eine Teuerung ausbrach, wurde die Lage kritisch. Die durch die politischen Ereignisse in Frankreich innerlich aufgewühlte Bevölkerung neigte unter dem Druck der wachsenden Teuerung zum Widerstand gegen die Staatsgewalt. An verschiedenen Stellen der Monarchie kam es zu aufrührerischen Handlungen oder mußte der Ausbruch solcher befürchtet werden. Denn nicht in Frankreich allein war der „dritte Stand“ zu einem sozialen Machtfaktor geworden. Auch in Preußen war er, aufgewachsen auf dem Boden einer sorgsam gepflegten Industriewirtschaft, kräftig genug, um seine Existenz zu wahren. Man kämpfte um die Nahrung und schreckte selbst vor Gewalttat nicht zurück, wenn es die Abwehr einer Verteuerung der Lebenshaltung galt.

Was aber solche Revolten in einem Militärstaate wie Preußen besonders gefährlich machte, war die enge soziale Verflechtung des „dritten Standes“ mit dem Militärproletariat. Daß die Soldaten kaserniert waren, bildete die Ausnahme; in der Regel wohnten sie mit dem Kleinbürger unter demselben Dache. Am selben Herde bereiteten sie ihre Nahrung. Die Sorge um das tägliche Brot war das soziale Band, das beide vereinigte. Auch beruflich hatte sich im Laufe des 18. Jahrhunderts eine Annäherung zwischen Kleinbürger und Soldaten vollzogen. Von seinem Sold allein konnte der Soldat, zumal wenn er verheiratet war, nicht leben. Soweit er dazu imstande war, übte er ein Gewerbe aus. Viele betätigten sich als Spinner und Weber, andere haufierten als Kesselflicker, als Bürstenmacher, als Korbflechter. Wieder andere suchten Gelegenheitsarbeit. Zum Straßenbilde Berlins und anderer großer Garnisonstädte gehörte der an den Straßenecken lungernde Soldat, die Montur über der Schulter, die Axt in der Hand, um für Tagelohn Holz zu spalten.

Weil dieser Zustand eines auf Reputation bedachten Staates unwürdig und auch gefährlich war, hat Friedrich Wilhelm III. dann bald nach seinem Regierungsantritt die Naturalbrotverpfle-

gung grundsätzlich für die größeren Garnisonen durchgeführt. Das war zweifellos eine dringende Reform, doch bedeutete sie zugleich das Ende einer getreidehandelspolitisch nutzbar zu machenden Magazinwirtschaft. Denn mit ihrer starken Inanspruchnahme für die Garnisonen büßten die Magazine die Fähigkeit ein, Werkzeug der Preisstabilisierung zu sein. In den Jahren der großen mitteleuropäischen Teuerung von 1804 und 1805 blieb auch Preußen nicht von der Hungersnot verschont. In den Notstandsberichten dieser Jahre liest man von allen jenen Greueln, die dazumal bei Hungersnöten üblich waren, und wenn 1805 aus Schlesien gemeldet wird, daß zu Tausenden die Hungernden ausgewandert seien, um sich für die spanischen Kolonien anwerben zu lassen, so kontrastiert dieser Vorgang hart zu den Einwanderungen, die vormals bei ähnlichen Vorfällen ins Preußische zu gehen pflegten.

Ich bin am Ende. Erst wer die Ursachen und Begleitumstände kennt, die schließlich zum Zusammenbruch von 1806 führten, gewinnt Augenmaß für die Größe der staatswirtschaftlichen, sozialen und politischen Leistung, die die fridericianische Getreidehandelspolitik darstellte. Aber auch ihre Zeit- und Raumbedingtheit verdeutlicht sich. Nichts war daher irriger, als wenn eine spätere Zeit — ich erinnere an die Diskussion über den Antrag Kanitz — staatsmonopolistische Pläne durch den Hinweis auf das Vorbild Friedrichs des Großen stützen zu können glaubte. Die Taten der Großen der Geschichte lassen sich nicht repetieren. Was Friedrichs Getreidehandelspolitik erfolgreich machte, war die kluge Einstellung gerade auf die Sonderbedingungen seines Landes und Volkes, war die bewegliche Ausnutzung politischer und wirtschaftlicher Konstellationen. Nicht daran sind seine Nachfolger gescheitert, daß sie in ihrer Getreidehandelspolitik neue Wege gegangen wären. Das haben sie nicht einmal getan. Gescheitert sind sie, weil ihr Mangel an geistiger Beweglichkeit und Entschlußkraft sie die Herrschaft über das Gesetz des Handelns verlieren ließ. Es mag sein, daß sie als Monarchen mit weniger großer Verantwortung ihren Mann gestanden hätten. So läßt sich z. B. denken, daß ein Mann wie Friedrich Wilhelm II., der über viele liebenswürdige Eigenschaften verfügte, auf dem englischen Throne eine ausgezeichnete Figur gemacht hätte. Aber den Anforderungen, die ein autokratisch zu regierender Staat stellte, war er ebenso wenig gewachsen wie sein Sohn, Friedrich Wilhelm III. Dagegen sehen wir, wie in der Person Friedrichs des Großen sich ein Genie voll auswirken konnte, weil die autokratische

Regierungsform seiner geistigen und charakterologischen Eigenart adäquat war. Die hier sich in glücklichster Vollendung verwirklichende Synthese zwischen Genie und Vermögen macht die Beschäftigung mit der Person Friedrichs für den Historiker so anziehend.

Nur ein einziges Kapitel der fridericianischen Geschichte habe ich vorgeführt und auch das nur in groben Strichen, um die große Linie nicht zu verwischen. Es wäre ein Leichtes gewesen, das Bild, das ich gab, mit reizvollen Einzelzügen auszustatten, die an das Gemüt des Hörers rühren. Es ist darauf verzichtet worden. Taten ließ ich sprechen, in der Hoffnung, auch so jenen Enthusiasmus zu erregen, von dem Goethe sagt, daß er das Beste sei, was wir von der Geschichte haben.

---